

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Bahnlärm jetzt verringern!**

Hafenwirtschaft und Logistik sind zentrale Bestandteile der Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven. Das schafft und sichert Arbeitsplätze, führt aber auch zu starken Verkehrsströmen. Diese Verkehre von der Straße auf die Schiene zu verlagern ist ökonomisch und ökologisch der richtige Weg, kann aber zusätzliche Lärm-belästigungen bewirken.

Der Lärm an den Schienenstrecken, verursacht durch veraltetes Bahnmaterial, unzu-reichend gewartete Gleiskörper und Brücken sowie unzureichende Lärmschutz-maßnahmen, gefährdet die Gesundheit von vielen Menschen in unseren Städten. Die Bürgerschaft (Landtag) hat hierzu in dieser Legislaturperiode schon maßgebliche Beschlüsse gefasst. Die prognostizierten Wachstumszahlen beim Gütertransport auf der Schiene werden schon heute von stark vom Lärm betroffenen Menschen als Bedrohung empfunden.

Eine angemessene Abhilfe durch Maßnahmen der Deutsche Bahn AG bzw. des Bun-des ist bisher nicht erkennbar. Die von der Deutsche Bahn AG vorgelegten Lärm-werte geben heute nur einen rechnerischen Wert wieder, die als besonders störend empfundenen Lärmspitzen werden durch diese Werte nicht abgebildet.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, weshalb alle Maßnahmen ergriffen wer-den müssen, die die Bürgerinnen und Bürger vor gesundheitsgefährdendem Lärm schützen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) ergänzend zu den bisheri-gen Beschlüssen dieser Legislaturperiode zum Bahnlärmschutz beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass eine Rechtsgrundlage für qualifi-zierte Geschwindigkeitsbegrenzungen für laute Züge geschaffen wird, um die Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Stadtgebiete vor Bahnlärm zu schützen.
2. darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der 2012 wieder anstehenden Kartierung des Bahnlärms zur Kontrolle systematische Lärmmessungen an den Bahnstrec-ken durchgeführt werden, um den Bürgerinnen und Bürgern eine verlässliche Datengrundlage zu bieten.
3. auf Basis der Maßnahmenplanung der Deutsche Bahn AG (DB) bzw. des Bun-des in Abstimmung mit dem Magistrat und der Regionalkonferenz der betroffe-nen Beiräte eine eigene Priorisierung der kurz-, mittel- und langfristigen Maß-nahmen zur Lärmreduzierung an den Bahnstrecken im Lande Bremen zu erstel-len und gegenüber der DB bzw. dem Bund zu vertreten.

Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Dennhardt, Reimund Kasper, Manfred Oppermann,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD